

# Regional handeln, überregional denken

**Gärtringen:** Landwirte und Metzger wollen mit einem nahe gelegenen Schlachthof zum System der lokalen Kreislaufwirtschaft zurückkehren. Genossenschaft möchte ihr Einzugsgebiet langfristig erweitern.

VON KONRAD BUCK

Zunächst kleiner als geplant, aber fein und regional soll er werden: Der Gärtringer Schlachthof soll im Sommer oder Herbst 2024 wieder in Betrieb gehen, das Finanzierungs-konzept steht ebenso wie das bauliche Konzept, das abgespeckt wurde (der „Gäubote“ berichtete gestern). „Wir müssen nun das Ding über die Rampe bringen und auf die Zielgerade einbringen“, sagte Landrat Roland Bernhard, als Vertreter von Landratsamt und Schlachthof-Genossenschaft in der Jettinger Metzgerei Klink einige Kreisräte über den aktuellen Stand der Dinge informierten.

Die regionalen Landwirte und Metzger hoffen jedenfalls inständig darauf, dass der Gärtringer Schlachthof im nächsten Jahr seinen Betrieb wieder aufnimmt. „Für unsere Zukunft ist es mehr als entscheidend, wo unsere Schweine herkommen. Wir müssen weg von der Massentierhaltung und -schlachtung und stehen voll dahinter, dass der Schlachthof für den regionalen Kreislauf wieder aufmacht“, sagte Metzgermeister Max Klink, stellvertretender Geschäftsführer der gleichnamigen Jettinger Metzgerei und Mitglied im Ausschuss der Schlachthof-Genossenschaft. Diesen regionalen Kreislauf will auch Daniel Burgmayer, Landwirt aus Zwiefalten und stellvertretender Vorsitzender der Schlachthof-Genossenschaft, wieder in Gang setzen, und zwar aus mehreren Gründen: Fleisch und Wurst sollen aus handwerklicher Produktion stammen, die Landwirte sollen einen direkten Kontakt zu ihrem Abnehmer pflegen und eine faire und angemessene Vergütung erhalten, und der Kreislauf soll auch nachvollziehbar sein – das heißt: Die Metzgerei, die ihre Produkte in Umlauf bringt, weiß, von welchem Landwirt die Tiere stammen – und bezieht ihre Produkte nicht aus der Anonymität eines Großschlachthofs. „Für die Landwirte ist es schwierig, zum Preisniveau der Discounter zu produzieren. Die Landwirtschaft braucht eine Beziehung zu Abnehmern, die dauerhaft zu einer Unterstützung bereit sind“, verdeutlichte Daniel Burgmayer.

Kreisrat Andreas Kindler (CDU), der ehemalige Vorsitzende des Kreisbauernverbands, wies den Landwirten und dem Metzgerhandwerk zudem einen systemrelevanten Status zu: „In solch einer dicht besiedelten Region ist ein Schlachthof allemal



Die Vorsitzenden der Schlachthof-Genossenschaft – Daniel Burgmayer (links) und Josef Hecht – präsentierten das Konzept, das in der Kreistagssitzung am 24. Juli beschlossen werden soll. GB-Foto: gb

angebracht, um die Bevölkerung auch in Not- und Krisenzeiten versorgen zu können.“

Regionalität ist aus Sicht der Landwirte und Metzger also das Gebot der Stunde – doch ist Regionalität in ihrer früheren oder bisherigen Form überhaupt noch möglich? Oder anders formuliert: „Sind wir nicht zu spät dran?“, fragte der Jettinger Bürgermeister und Kreisrat Hans Michael Burkhardt (Freie Wähler) und konkretisierte den aus seiner Sicht „extremen Strukturwandel in der Landwirtschaft“ mit Zahlen aus seiner Gemeinde: In Jettlingen ist die Zahl der Schweinemastplätze innerhalb von 20

Jahren von 7000 auf unter 1000 gesunken – und wird wohl weiter sinken. „Wie soll Regionalität funktionieren mit weniger Tieren und geringeren Schlachtzahlen?“, fragte Burkhardt. Hier kommen die von der Genossenschaft verfolgten Pläne ins Spiel, das Einzugsgebiet des Schlachthofs zu vergrößern – auch wenn man zunächst mit niedrigeren Schlachtzahlen kalkuliert. „Wir müssen überregional denken“, sagte Daniel

Burgmayer. Der Name der neuen Betreibergesellschaft – Heimat-Fleisch GmbH Alb/Neckar/Schwarzwald – unterstreicht diesen Anspruch. „Es gibt aber auch Stimmen, die in Frage stellen, ob man den Schlachthof überhaupt noch braucht – es funktioniert doch derzeit“, hakte Hans Michael Burkhardt nochmals nach. „Es funktioniert, aber es funktioniert schlecht“, antwortete der Genossenschaftsvorsitzende Josef Hecht und verwies auf die langen Fahrstrecken zu teilweise weit entfernten Schlachthöfen: „Die Landwirte sind höchst unzufrieden.“

Der Gärtringer Schlachthof war im Spätsommer 2020 geschlossen worden, nachdem die Soko Tierschutz diverse Verstöße aufgedeckt hatte. Im Böblinger Kreistag zeichnete sich wohl eine breite Mehrheit für das neue Konzept ab, klar ist aber auch: „Man darf sich keinen Patzer mehr erlauben“, fordert der Kreisrat und Gärtringer Bürgermeister Thomas Riesch (CDU). In dieser Sache hakte auch der Jettinger Kreisrat Wilhelm Kern (SPD) nach: „Was habt ihr vor, um das Image des Schlachthofs in eine anständige Form zu bringen?“, fragte er die Protagonisten der Genossenschaft. Auch Roland Mundle (Grüne) forderte, dem Personal ansprechende Arbeitsbedingungen und eine angemessene Bezahlung zu

bieten. Die vor drei Jahren dokumentierten Vorkommnisse entsprängen keinem Sadsimus, so vermutete Mundle, sondern einer möglichen Überforderung: „Teilweise müssen Menschen unter Bedingungen arbeiten, dass sie gar nicht anders können, als Tiere zu quälen.“ Durchgehende Video-Überwachung, bauliche Veränderungen, angemessene Bezahlung für die Mitarbeiter, personelle Synergieeffekte mit dem benachbarten Fleischmarkt: Die Genossenschaft und die neue Betreibergesellschaft wollen mit einem Bündel von Maßnahmen gewährleisten, dass sich die beanstandeten Vorfälle nicht mehr wiederholen. „Die Auflagen der Veterinärbehörden mit höchsten Anforderungen haben uns schlaflose Nächte bereitet – Standards, die man nach meiner Kenntnis sonst nirgends hat“, sagte der ehemalige erste Landesbeamte Wolf Eisenmann, der in dieser Sache als Berater fungiert.

Wenn alles planmäßig läuft, könnte der Schlachthof also im Sommer oder Herbst 2024 wiedereröffnet werden. Die zugesagten Zuschüsse und Darlehen decken die Investitionskosten ab. Danach müsste die neue Betreibergesellschaft aber auf eigenen Beinen stehen können. „Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich der Landkreis an einem Betriebskostendefizit beteiligen wird“, sagte CDU-Kreisrat Helmut Noé.

## Kinderpflege à la Airbnb

**Nufringen:** Betreuungsformen Takki plus und Tapir etabliert.

VON THOMAS HOLZAPFEL

Takki plus, Tapir – wer sich nicht regelmäßig mit den unterschiedlichen Betreuungsformen für Kleinkinder beschäftigt, kann bei den Abkürzungen schon mal seine Schwierigkeiten bekommen. Diese beiden Modelle werden in Nufringen zukünftig leichter von den Lippen gehen, entschied sich der Gemeinderat doch nun für die Etablierung der beiden Betreuungsformen. In der Gemeinderatssitzung stellte Pia Frank, Mitarbeiterin des Tages- und Pflegeelternvereins (Tupf) im Kreis Böblingen, im Detail das Tapir-Modell vor, eine Form der Kindertagespflege in anderen geeigneten Räumen, also außerhalb des Haushaltes der Kinder und Pflegepersonen.

Derzeit nutzen elf Kommunen in Zusammenarbeit mit dem Verein diese Art der Betreuung. Zielgruppe dieser individuellen Förderung mit familiärer Atmosphäre sind dabei vor allem unter dreijährige Kinder. Sei es ein leerstehendes Büro oder eine geeignete Zweizimmerwohnung, oftmals sind auf der Suche nach Räumlichkeiten der Fantasie keine Grenzen gesetzt. Für die Anmietung zeigen sich dabei die selbstständig tätigen Tagespflegepersonen in Eigenregie zuständig, wobei hier eine finanzielle Unterstützung durch den Träger, also die Kommune, erfolgt. Der Bedarf und die Umsetzung werden im Vorfeld mit dem Tagespflegeverein abgeklärt. Auf Empfehlung des Tages- und Pflegeelternvereins sollten sich die Zuschüsse an den Miet- und Nebenkosten am örtlichen Mietspiegel orientieren, für die Platz- und Sachkostenpauschale werden 150 Euro pro angebotenen Platz und Monate als sinnvoll erachtet.

## Vollzeitpflegeplätze entlasten helfen

Simon Speiser (Freie Wähler) verglich das Modell mit einer Airbnb-Plattform. „Man begibt sich auf die Suche nach einer geeigneten Räumlichkeit und wenn diese gefunden ist, wird unser Verein kontaktiert und der Betreuungsbedarf wird anhand der vorhandenen Wartelisten überprüft“, bestätigte Pia Frank die Vorgehensweise bei der anfänglichen Vermittlung. „Vorteil ist auch, dass der flexible Kindertagespflegeplatz in Tapir zur Entlastung der Vollzeitpflegeplätze beitragen kann“, ergänzte Pia Frank. Auf Anfrage von Manfred Tell (SPD) bestätigte die Fachberaterin die Notwendigkeit eines polizeilichen Führungszeugnisses. „Gewisse Voraussetzungen sind schon notwendig, auch wenn diese andere sind als in öffentlichen Einrichtungen“, sagte Pia Frank. So müsse man sich unter anderem mit der Teilnahme eines Kurses mit über 300 Unterrichtseinheiten qualifizieren, ebenso erfolge eine berufsbegleitende Weiterbildung.

Um der hohen Nachfrage nach U3-Ganztagespätzen gerecht zu werden und einen stressfreieren Übergang von U3 nach U5 gestalten zu können, erweitert die Verwaltung das bewährte Takki-Modell auf U3-Kinder bis maximal zum Schulleintritt. Sollte nach vollendetem dritten Lebensjahr kein Kindergartenplatz zur Verfügung stehen, besteht mit dem Takki-plus-Modell die Möglichkeit, vorerst auf dieser Betreuungsschiene zu bleiben. „Die Übergangphase sollte jedoch nicht allzu lange dauern, wir empfehlen höchstens sechs Monate“, sagte Pia Frank, „die Räumlichkeiten sind zumeist nur ausgestattet für unter Dreijährige. Haupt-sächlich geht es um die Überbrückung der Zeit, bis ein Kindergartenplatz frei wird.“ Viele Kommunen halten sich bei den Gebühren an den Kindergartensätzen.

## Neues Angebot ist eine Ergänzung statt Ersatz

Hauptamtsleiter Dominik Stark bekräftigte, dass es sich bei den neuen Angeboten um Ergänzungen – und nicht um das Ersetzen – bereits bestehender Betreuungsformen handle. Der Gemeinderat stimmte (bei einer Enthaltung) dem Ausbau der Kindertagespflegeangebote durch die Betreuungsformen Takki plus und Tapir zum 1. September 2023 zu. Die hierfür erforderlichen Mittel werden im Haushalt 2024 eingeplant, den gegebenenfalls in 2023 entstehenden überplanmäßigen Aufwendungen wurde zugestimmt. Ungeachtet der Neuerungen wurden in der Gemeinderatssitzung weitere Konsolidierungsmaßnahmen in den Nufringer Einrichtungen beschlossen (der „Gäubote“ berichtete).

## Die Auflagen der Veterinärbehörden mit höchsten Anforderungen haben uns schlaflose Nächte bereitet

Wolf Eisenmann

# Gesamten Prozess per Video überwachen

**Gärtringen:** Gemeinde stößt für den Schlachthof ein neues Bebauungsplanverfahren an.

VON KARLHEINZ REICHERT

Weil die Sache mit dem Schlachthof nicht einfach ist, packt sie die Gemeinde Gärtringen doppelt an. Einerseits hat sie ein Bebauungsplanverfahren angestoßen, andererseits versucht sie, möglichst viel über den Bauantrag der Schlachthof-Genossenschaft zu regeln, für den Fall, dass der Bebauungsplan noch nicht weit genug gediehen ist und als rechtliche Grundlage herangezogen werden könnte, wenn der Bauantrag genehmigungsreif ist. Einen alten Bebauungsplan für das Gelände gibt es nämlich nicht. Der Schlachthof war einst als Vorhaben im Außenbereich genehmigt worden.

Mit den Jahren ist das Gewerbegebiet Riedbrunn um den Schlachthof herum gewachsen. Dessen erster Abschnitt ist komplett bebaut, der zweite noch nicht ganz. Es werde aber auch noch einen dritten und vierten Bauabschnitt geben, kündigte Georg Samsel vom Bauamt der Gemeinde am Dienstagabend in der Sitzung des Technischen Ausschusses des Gemeinderats an. Dazu sei es notwendig, den Anschluss des Industriegebiets an den Autobahnzubringer zu verbessern. Dies sei möglich, wenn die Gemeinde 150 Quadratmeter Fläche an der Kreuzung hinzukaufe.

Der neue Bebauungsplan umfasst deshalb eine Fläche von knapp zwei Hektar. Aber auch der Teil, der nur das Schlachthofareal betrifft, orientiert sich nicht aus-

schließlich an dieser Einrichtung. Es könne ja sein, dass der Schlachthof irgendwann einmal aufgegeben werde. Dann solle man die Fläche sinnvoll nutzen können, ohne deswegen den Bebauungsplan zu ändern. So sollen im gesamten Geltungsbereich des Plans kein Einzelhandel, kein Hotel, keine Gaststätte, kein Bordell, keine Spedition, kein Lagerhaus oder Lagerplatz, keine Tankstelle, kein Gebäude für kirchliche, kulturelle, sportliche, gesundheitliche oder soziale Zwecke und keine Betriebswohnungen zugelassen werden.

## Vergangene Vorgänge sollen sich nicht wiederholen dürfen

Wesentliche Punkte im geplanten Bauantrag sind für die Gemeinde das Tierwohl und das Abwasser. Nach den dem Bauabschnitt vorgelagerten Plänen sollen im ersten Bauabschnitt pro Woche 400 Schweine, 50 Rinder (Großvieh) sowie 100 Schafe und Lämmer geschlachtet werden, nach dem Endausbau 1880 Schweine, 100 Rinder sowie 100 Schafe und Lämmer. Geschlachtet werden von Sonntag bis Freitag, wobei der Donnerstag für Rinder, Schafe und Ziegen reserviert bleibt.

Um Tierqualereien zu verhindern, soll künftig der gesamte Prozess von der Anlieferung bis zum Ende der Entblutstrecke per Video überwacht und die Filme gespeichert sowie von einem Tierschutzbeauf-



Der Technische Ausschuss des Gemeinderats stimmte den planerischen Grundlagen zum Umbau und der Wiedereröffnung des Schlachthofes zu. GB-Foto: Reichert

tragten gesichtet werden. Vorgänge aus der Vergangenheit (Gemeinderat Matthias Bock: „Ganz übliche Sachen.“) sollen sich, so die einhellige Meinung des Gremiums, nicht wiederholen dürfen. Dies schade nicht nur den Tieren, sondern letztendlich auch dem Ansehen der Gemeinde.

Für die Tiere wird es An- und Umbauten geben. So soll der Wartestall vergrößert und abgeteilt werden, dass die Tierräumlichkeiten räumlich voneinander getrennt werden können. Die Lüftung für die lebenden Tiere und die Schlachtung wird getrennt. Eine ausreichende Zahl an Tränken und ein zentrales Fütterungssystem soll die Versorgung der Tiere gewährleisten, ein trittsicherer Boden für weniger Stress sorgen und mit einer Berieselungsanlage Überhitzungen vermeiden werden.

Die Anlieferungsrampen werden dreiseitig eingehaust und überdacht und ein ebenerdiges Entladen ermöglichen. Für die Mitarbeiter ist ein neues Sozialgebäude mit Hygieneschleuse geplant. Die Abluft wird

zur Wärmerückgewinnung genutzt. Das Abwasser, insbesondere aus der Viehwäsche, soll vorgereinigt werden, bevor es in die Kanalisation geht. Eine Regelung über die Behandlung und Ableitung des Abwassers gibt es seit dem Jahr 2000, doch wurde diese nach Angaben der Gärtringer Gemeindeverwaltung nicht eingehalten. Das soll sich ändern. Bürgermeister Thomas Riesch: „Wenn wir die Kläranlage ausbauen müssten, müsste sich der Schlachthof beteiligen. Da sind wir zwar noch weit weg davon, aber irgendwann kommen wir an Grenzen.“ Bis zur Schließung des Schlachthofs im Jahr 2020 kamen etwa acht Prozent des Gärtringer Abwassers aus dieser Einrichtung.

Der Technische Ausschuss stimmte einstimmig für den Bebauungsplan und den Schlachthof. Bürgermeister Riesch wertete dies als wichtiges Signal, auch für die Geldgeber der Genossenschaft, forderte aber zugleich: „Der Schlachthof muss künftig vorbildlich betrieben werden.“